

Das Mülheimer Integrationskonzept

Kommunen sind wichtige Weichensteller für die soziale Integration von Flüchtlinge

Alltagsgespräche und politische Diskussionen in diesen Tagen über die Integration von Flüchtlingen bleiben häufig in Problem-beschreibungen stecken, und manche Menschen sind eher skeptisch, ob das überhaupt gelingen kann. Am Beispiel der Stadt Mülheim, einer kreisfreien Großstadt im Ruhrgebiet, lässt sich zeigen, dass eine Kommune unter bestimmten Bedingungen Integrationsprozesse positiv steuern und begleiten kann.

Das Mülheimer Integrationskonzept

Nach dem „Gesetz zur Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Integration in Nordrhein-Westfalen“ von 2012 hat Mülheim als eine der ersten nordrhein-westfälischen Kommunen 2013 ein Kommunales Integrationszentrum (KI) geschaffen, das Integration durch Bildung und Integration als kommunale Querschnittsaufgabe fördern soll. Dort arbeiten derzeit 7 Mitarbeiter/innen. Das Gesetz sieht vor, dass mit dem KI „Angebote im Elementarbereich, in der Schule und beim Übergang von Schule in den Beruf in Zusammenarbeit mit den unteren Schulaufsichtsbehörden unterstützt werden, um die Bildungsergebnisse von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu verbessern“. Außerdem soll das KI interkulturell förderliche Aktivitäten und Angebote der kommunalen Ämter und Einrichtungen sowie der freien Träger vor Ort unterstützen und mitkoordinieren. Die jahrzehntelange Arbeit der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien - auch über NRW hinaus bekannt unter dem Kürzel RAA - wird somit in den Kommunalen Integrationszentren weiterentwickelt und ausgebaut.

Für die finanzielle Förderung dieser Einrichtungen durch das Land ist ein beteiligungsorientiertes Integrationskonzept Voraussetzung, das im 2-Jahres-Rhythmus fortgeschrieben werden muss. Just in diesen Tagen liegt eine Beschlussfassung für die Fortschreibung des Integrationskonzeptes „Teilhabe und Integration - Mülheim an der Ruhr - Eine Stadt für alle“ den Ratsgremien zur Beratung vor. Die Fortschreibung lehnt sich im Wesentlichen an das bestehende Konzept an¹ und aktualisiert es mit Blick auf die Bedürfnisse der vor Verfolgung, Bürgerkrieg und extremer Not geflüchteten Menschen.

Mülheim versteht Integration als Auftrag für sozialen Frieden und Zusammenhalt und gegen die Bedrohung von wachsender Ungleichheit und von starken Tendenzen sozialer, ethnischer und demografischer Segregation in der Stadtgesellschaft. 43 % der Mülheimer Migrantenfamilien leben demnach in Armut bzw. Armutsnähe und konzentrieren sich in den Stadtteilen, wo auch die meisten armen Herkunftsdeutschen leben. Deshalb ist dieses integrierte Handlungskonzept auch sozialräumlich ausgerichtet. Zu allen relevanten gesellschaftlichen Handlungsfeldern werden Aktionspläne mit Förderangeboten ausgewiesen, die von städtischen Fachbereichen, dem Kommunalen Integrationszentrum sowie den freien Trägern organisiert und verantwortet werden. Den geflüchteten Menschen gilt besondere Aufmerksamkeit. Für ihre integrationsspezifischen Bedürfnisse gibt es Angebote in einem eigenen Handlungsfeld.

Das Mülheimer Verständnis von Integration durch Bildung

Die Kommune weiß, dass die Chancen für die spätere gesellschaftliche Teilhabe und Integration schon in der frühen Kindheit vergeben werden. Deshalb hat die frühe Förderung einen hohen Stellenwert in Mülheim. Das Early Excellence Konzept, nach dem die Kitas in Mülheim arbeiten, ist ein wesentliches Element in der frühen Bildungskette, um jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft mit seinen individuellen Ressourcen bei seiner Selbstbildung bestmöglich zu unterstützen². Eltern sind nach diesem Konzept Bildungspartner der Einrichtungen und werden als Bildungsexperten ihrer Kinder ernst genommen.

Kitas und Schulen arbeiten unter äußerst unterschiedlichen sozialen Belastungen, weil die soziale Zusammensetzung der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen im Stadtgebiet sehr unterschiedlich ausfällt. Dieser Tatsache trägt die Stadt Rechnung durch die Anwendung des Grundsatzes, dass Ungleiches bei der Ressourcenzuweisung ungleich behandelt werden muss. Mülheim hat mit Hilfe der Daten aus der Schuleingangsuntersuchung einen Sozialindex zur Berechnung der sozialen Belastung der einzelnen Grundschulen ermittelt³ und entsprechend eine differenzierte Verteilung der Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket vorgenommen.



Mit DILIM (Deutsch und Interkulturelles Lernen in Mülheim an der Ruhr) legt die Stadt an bestimmten Schulstandorten mit einem hohen Anteil von Migranten noch ein „Schüppchen“ drauf. Zusätzlich zu den Integrationsstellen des Landes finanziert der Schulträger ein „gesamtstädtisches Konzept zur schulergänzenden Sprachförderung mit den Schwerpunkten Deutsch als Zweitsprache und Förderung bildungssprachlicher Kompetenzen“. In 2015 wurden z. B. rund 50 Fördergruppen an 13 Grundschulen und 15 Sek. I/II Schulen durchgeführt. Das andere Standbein von DILIM ist die Jugend-VHS, an der während der laufenden Semester Kurse in Deutsch, Englisch und Mathematik durchgeführt werden. Auch in den Sommerferien lernen hier rund 200 Kinder und Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund und verbessern in den Ferien ihre Leistungen in den Fächern. Für diese Förderung zieht die Stadt Honorarkräfte aus dem Bereich der Lehramtsstudierenden oder der pensionierten Lehr-



kräfte heran. Von der Mülheimer Philosophie der „Fair-Teilung“ profitieren in besonderem Maße neu zugewanderte Kinder und Jugendliche.

Das Mülheimer KI als Lotse und Begleiter für schulpflichtige Flüchtlinge

Geflüchtete Menschen brauchen zuallererst Sicherheit. Beim Eintreffen von Zuwanderern wird das Kommunale Integrationszentrum über die Zahl der Familien und ihrer Kinder informiert. Die Zuwanderer erhalten ihrerseits die Mitteilung, dass das Integrationszentrum zuständig ist für das Aufnahmeverfahren in die Schulen. Niemand muss sich also selbst auf den Weg machen, um Schulen zu finden. Die Familien werden zu einem Beratungstermin ins Kommunale Integrationszentrum eingeladen. Städtische soziale Dienste und Ehrenamtliche, die den Menschen in den Flüchtlingsunterkünften unterstützend

zur Seite stehen, helfen ihnen auch bei der Wahrnehmung dieses Termins.

In den Gesprächen mit den Eltern und Kindern - bei Sprachproblemen werden selbstverständlich auch Dolmetscher herangezogen - wollen die pädagogischen Mitarbeiter_innen des KI klären, welche schulischen Vorerfahrungen die Kinder mitbringen, welche Sprachen sie sprechen, welche Zuordnung zu Schulstufe und Schulform angemessen ist. Klärungen werden allerdings dadurch erschwert, dass oftmals keine Zeugnisse vorliegen, der Schulbesuch auf der Flucht nur lückenhaft oder gänzlich unterbrochen war. Manchmal wird im Rahmen des Gesprächs deutlich, dass besondere Bedürfnisse im Bereich der Gesundheit vorliegen. Oder es werden Anzeichen für eine Traumatisierung erkennbar. Allerdings sind Traumaerfahrungen nicht immer sofort sichtbar. Die „richtige“ Schulformwahl in der Sekundarstufe erweist sich bei Seiteneinsteiger_innen als zu-

sätzliches erschwerendes Problem, das sich allein aus dem frühen Selektionszwang des deutschen Schulsystems ergibt und in NRW durch die Vielfalt der Schulformen besonders unübersichtlich wirkt. An diese Wahlentscheidung sind, wie die Bildungsforschung längst bewiesen hat, ungleiche Chancen an Bildung und sozialer Teilhabe geknüpft.

Nach dem Gespräch vermittelt das KI das Kind oder den Jugendlichen an eine Schule. Die erfassten Informationen werden an die aufnehmende Schule weitergeleitet, so dass der Schule und den Eltern eine doppelte Befragung zur Erfassung der Stammdaten erspart wird. Die vertrauensvolle Zusammenarbeit des KI mit Schulen, Schulverwaltung und Schulaufsicht zahlt sich aus. Alle sind bemüht, die anfallenden Probleme gemeinsam zu lösen und das Recht auf Bildung für die zugewanderten Kinder bestmöglich umzusetzen. Im Schnitt vergehen zurzeit 4 Wochen zwischen Ankunft und Aufnahme des Schulbesuchs. Vor dem Anstieg der Zuwanderung waren es in der Regel 14 Tage.

Die Schulen melden dem KI die Aufnahme des Schulbesuchs. Sie melden auch, wenn der Schulbesuch unregelmäßig oder gar nicht wahrgenommen wird. Gemeinsam wird den Ursachen nachgegangen und das Fernbleiben geklärt. Am Ende der Grundschulzeit tauschen die Grundschulen und das KI sich über die Übergangsempfehlungen aus und stehen den Eltern beim Übergang in eine weiterführende Schule unterstützend zur Seite. Zweimal im Schuljahr gibt es Rückkopplungsgespräche mit den Schulen über die Situation und die Lernentwicklungen der jeweiligen Seiteneinsteiger_innen. Schnelle Lernfortschritte in Deutsch kommen hier ebenso zur Sprache wie Probleme. Als Mittler zwischen Schulen, Schulaufsicht und Schulverwaltung thematisiert das KI sowohl Erfolge als auch Probleme bei der Integration und sucht mit den zuständigen Akteuren nach Lösungen. Daraus entsteht eine Verantwortungsgemeinschaft für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche.

Gab es bis zu diesem Schuljahr Schwerpunktgrundschulen für Seiteneinsteiger_innen, so sorgt die Stadt bei steigender Zuwanderung jetzt für eine Verteilung der Flüchtlinge auf alle Grundschulen im Stadtgebiet. Sie werden aber weiterhin in Regelklassen unterrichtet, am Offenen Ganztags beteiligt und haben in äußerer Differenzierung 10-12 Stunden Förderung in Deutsch als Zweitsprache. Erstmals musste man dagegen in der Sekundarstufe I seit dem Sommer von dem Prinzip der Förderung in Regelklassen abweichen und unterrichtet die neu ankommenden

Kinder und Jugendlichen in Internationalen Vorbereitungsklassen. Dort erlernen 15-18 Schülerinnen und Schüler aus unterschiedlichen Ländern gemäßigt altersgemischt die deutsche Sprache, bevor sie am Unterricht des Regelsystems teilnehmen. Alle Schulformen werden an der Einrichtung von Vorbereitungsklassen beteiligt. Die Statistik zeigt jedoch, dass die drei Gesamtschulen als die passende „Schule für alle Kinder“ insgesamt die meisten Seiteneinsteiger_innen aufgenommen haben, danach folgen die drei Realschulen, die fünf Gymnasien und die zwei Hauptschulen am Ort. Es gibt nach dem Stand von Ende Oktober 990 schulpflichtige Seiteneinsteiger_innen.

Bildung ist nicht nur Schule. Es gibt unterschiedliche Sportangebote für Flüchtlinge, die vom Mülheimer Sportbund koordiniert werden. Auch das Theater an der Ruhr bietet theaterpädagogische Arbeit zur kreativen Aktivierung an und setzt sich für kulturelle Teilhabe durch vielfältige Angebote und Begegnungen ein.

Die Qualifizierung der Schulen

„Um den Flüchtlingskindern in unseren Schulen gerecht werden zu können, brauchen die Pädagoginnen und Pädagogen dringend objektive und verlässliche Informationen, Materialien und Fortbildungen über die Kulturen und Lebenslagen der Kinder und ihrer Familien sowie zu Sprachbildungskonzepten“, mahnt der Grundschulverband in einer aktuellen Resolution an. Auch dafür sieht sich in Mülheim das KI zuständig. In Absprache mit dem Kompetensteam, das von staatlicher Seite den Fortbildungsbedarf der Schulen im Mülheimer Schulaufsichtsbezirk abdeckt, organisiert das Kommunale Integrationszentrum eine Fortbildungsreihe aus sechs Modulinheiten unter Leitung von Experten über kultursensiblen Umgang mit Neuzugewanderten, gesetzliche Regelungen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge, Alphabetisierung von Schülerinnen und Schülern mit einer anderen Schriftsprache, interkulturelle Kommunikation und Ansätze für den Unterricht sowie Deutsch als Fremdsprache.

Hilfen für Ausbildung und beruflichen Einstieg

Zur Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund gibt es zahlreiche Förderangebote, u.a. durch die Agentur für Arbeit und das kommunale Jobcenter. Talentscouts der Agentur für Arbeit beraten Flüchtlinge nach ihrer Ankunft und zeigen ihnen berufliche Perspektiven auf. Dafür stehen auch Maßnahmen zur Sprachvermittlung, Kompetenzfeststellung und beruflichen Kenntnisvermittlung zur Verfügung.

Die Hochschule Ruhr West (HRW) am Standort Mülheim wird zum Wintersemester zusammen mit dem KI und anderen städtischen Ämtern schnelle und unkomplizierte Zugänge zum Studium für Flüchtlinge schaffen. Nach Feststellung entsprechender Voraussetzungen werden Neuzuwanderer und Flüchtlinge gezielt an die Studienberatung der HRW vermittelt, die entsprechende Sprachkurse für den Einstieg eingerichtet hat.

Grenzen des kommunalen Integrationskonzepts

Sehr viele Menschen werden zweifellos derzeit gebraucht und viele bringen sich als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit großem Engagement ein. Damit aber ihre gutgemeinte Hilfe nicht in Aktionismus verpufft, müssen sie für ihren gezielten Einsatz qualifiziert werden. Dem wird in Mülheim durch entsprechende Angebote freier Träger Rechnung getragen.

Die Ehrenamtlichkeit kann hauptamtliches Personal jedoch nicht dauerhaft ersetzen. Deshalb ist auch in Mülheim zu fragen, an welchen Stellen personell durch das Land und den Bund nachgebessert werden muss, um die aufgebauten Strukturen und das Integrationskonzept noch wirksamer zum Einsatz zu bringen. Dringender Verbesserungsbedarf besteht z. B. in der Sprachförderung. Die Internationalen Vorbereitungsklassen sind mit bis zu 18 Kindern deutlich zu groß; die Integration der Seiteneinsteiger_innen in kleinen Regelklassen mit äußerer Differenzierung für die Sprachförderung ist die eigentlich wünschenswerte Option für gutes Gelingen.

Mülheim zeigt aber auch: Es bedarf des Aufbaus verlässlicher kooperativer Strukturen und eines dem gesellschaftlichen Leitbild der Inklusion verpflichteten Integrationskonzepts, damit qualifiziertes Personal sinnvoll und wirkungsvoll zum Einsatz kommt. Der Ruf nach mehr Personal ist für sich allein noch nicht die Lösung.

Die Bildungspolitik auf Länderebene muss die Schulen bei ihrer interkulturellen Unterrichts- und Schulentwicklung nachhaltig mit entsprechender Aus- und Fortbildung unterstützen und damit Zuwanderung und Diversity nicht als temporäre Ausnahmescheinung, sondern als Normalfall in einer offenen Gesellschaft anerkennen. Konzepte durchgängiger Sprachbildung müssen über die gesamte Lernbiografie und alle Fächer hinweg als integraler Bestandteil der schulischen Arbeit verankert werden.

Es muss unbedingt vermieden werden, dass Flüchtlinge ähnlich wie sozial benachteiligte

Kinder und Jugendliche, die mit Migrationshintergrund in Deutschland aufgewachsen sind, überproportional zu Bildungsverlierern werden. Wenn gerade deutsche Schülerinnen und Schüler in einer aktuellen Umfrage bezweifeln, dass die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen über Bildung gelingen kann, und ihre Skepsis u.a. mit dem ungerechten, sozial selektiven Schulsystem begründen, dann wird auch hier eine Grenze für kommunales Handeln aufgezeigt. Schulstrukturelle Barrieren für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen an hochwertiger Bildung zu beseitigen, muss in unserem föderalistischen System zur gesamtstaatlichen Aufgabe werden. ■



Dr. Brigitte Schumann
ifenici@aol.com

¹ http://www.kommunale-integrationszentren-nrw.de/sites/default/files/public/system/steckbriefe/integrationskonzept_4.pdf

² https://www.muelheim-ruhr.de/cms/early_excellence_was_ist_das_.html

³ <http://www.zefir.ruhr-uni-bochum.de/mam/content/grundschulsozialindices.pdf>

⁴ <http://ratsinfo.muelheim-ruhr.de/buerger/to020.asp?TOLFDR=70458&options=4>

Foto: pixabay.com/@geralt

**Bildung
ist ein
Menschenrecht.**

